

# Straches Brief an Netanjahu

**Israel.** FPÖ-Chef Strache versprach dem israelischen Premier im Juni schriftlich, „alles in seiner Macht Stehende zu tun“, um die österreichische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen.

VON CHRISTIAN ULTSCH  
UND ANNA THALHAMMER

Wien. In Brüssel stieß der israelische Premier am Montag einmal mehr auf wenig Liebe. Benjamin Netanjahu forderte die EU-Außenminister zum Auftakt eines Treffens auf, dem amerikanischen Beispiel zu folgen und Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen. Doch Rückenwind bekam er nicht einmal von Tschechien, einem traditionellen Verbündeten. Der Jerusalem-Vorstoß von US-Präsident Donald Trump sei nicht hilfreich, sagte der scheidende Prager Chefdiplomat Lubomír Zaorálek, ein Sozialdemokrat, trocken. Und in Budapest richtete auch Premier Viktor Orbán aus, dass eine Verlegung der ungarischen Botschaft nach Jerusalem nicht geplant sei.

In Wien allerdings gibt es jemanden, der sich auch in der umstrittenen Jerusalem-Frage an die Seite Israels stellt: FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Und zwar nicht erst jetzt. Der „Presse“ liegt ein Brief vom 21. Juni 2017 vor, in dem Strache dem israelischen Regierungschef nicht nur zum 50. Jahrestag der „Wiedervereinigung Jerusalems“, der Hauptstadt des Staates Israels, gratuliert. Österreichs Vizekanzler in spe verspricht in seinem Schreiben an den „ehrenwerten Herren Premierminister“ auch, „alles in seiner Macht Stehende zu tun, sei es legislativ oder eventuell exekutiv, um die österreichische Botschaft von ihrem jetzigen Ort in Ramat Gan nach Jerusalem zu verlegen“. Es sei „total absurd“, dass sich Österreichs Vertretung nicht in Jerusalem befinde. Und eine Unbedenklichkeitserklärung für die Errichtung jüdischer Siedlungen in den seit 1967 besetzten Palästinensergebieten enthält die freundliche Post aus dem FPÖ-Parlamentsklub auch: „Der Staat Israel besitzt das Recht, überall zu bauen, wo immer es notwendig ist im Land Israel.“

## Kurz bleibt auf EU-Linie

Seine Meinung hat Strache in der Zwischenzeit nicht geändert. In einem Interview mit dem „Kurier“ bekräftigte er am Wochenende, dass es der Wunsch der FPÖ sei, die Botschaft in Jerusalem anzusiedeln. Eine realpolitische Einschränkung hatte Strache aber doch parat: Als neutrales Land habe Österreich da-



Bei der EU-Außenbeauftragten, Federica Mogherini, in Brüssel stieß Israels Premier Netanjahu am Montag auf wenig Verständnis. [AFP]

rauf zu achten, keine Alleingänge zu unternehmen und in der EU Gleichklang zu finden. ÖVP-Chef Sebastian Kurz, künftiger Kanzler einer schwarz-blauen Koalition, ist entschlossen, auf EU-Linie zu bleiben. Der Status von Jerusalem, das auch die Palästinenser als Hauptstadt beanspruchen, müsse in Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien geklärt werden, stellte er jüngst klar. Das ist die Position der internationalen Gemeinschaft, die Trump nun durchkreuzt. Derzeit hat kein einziger Staat eine Botschaft in Jerusalem.

Die FPÖ buhlt schon länger um die Gunst Israels. Sie folgt damit einem Trend rechtspopulistischer

Parteien, den Gianfranco Finis postfaschistische Alleanza Nazionale 2003 mit seiner Annäherung an Israel auslöste. Der Islam ist das neue Feindbild, ein derzeit massenwirksameres als das Judentum. Heinz-Christian Strache reiste zuletzt mehrmals ins Heilige Land, um sich anzudienen. Ein Kalkül dahinter: Die FPÖ will sich durch Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel international weißwaschen. Offiziell gilt immer noch ein Bann, den Israel 2000 nach Bildung der schwarz-blauen Koalition I über die FPÖ verhängt hat. Regierungsvertreter sind demnach angehalten, Kontakte mit Freiheitlichen zu vermeiden.

Die Ablehnungsfront ist zuletzt jedoch immer löchriger geworden. Die FPÖ-Führung ergreift seit Jahren öffentlich Partei für Israel. Das hat zu einem Umdenken in Jerusalem geführt, auch wenn immer wieder antisemitische Ausritte einzelner FP-Politiker publik werden, zuletzt vom langjährigen außenpolitischen Sprecher Johannes Hübner. Israel wird nach Informationen der „Presse“ keine diplomatischen Maßnahmen gegen eine neue schwarz-blaue Regierung ergreifen.

## Auf Tuchfühlung mit Likud

Wie auch? Die FPÖ ist längst auf Tuchfühlung mit Netanjahus Likud gegangen. Seinen „Jerusalem“-Brief an den israelischen Premier übergab Strache im Juni dem Likud-Abgeordneten Yehuda Glick bei dessen Wien-Besuch. Und um ja sicherzugehen, dass die Botschaft ankommt, überreichte der FPÖ-Abgeordnete David Lasar Straches Schreiben einen Monat später in Israel auch noch dem Minister für Umwelt und Angelegenheiten Jerusalems, Ze'ev Elkin, und dem Oberbürgermeister von Jerusalem, Nir Barkat.

Nur mit seiner parteilosen Kandidatin fürs Außenamt, Karin Kneissl, ist Strache vermutlich nicht ganz auf Linie. In ihrem Buch „Mein Naher Osten“ bezeichnete sie in einem Nebensatz den Zionismus eher abschätzig als „Blut- und Boden-Ideologie“.



Diesen Brief gab Strache im Juni dem Likud-Abgeordneten Glick für Israels Premier Netanjahu mit.

[Faksimile]

# Neue Rektorenchefin ohne Angst vor Konfrontation

**Universitätenkonferenz.** Mit Eva Blimlinger spricht erstmals eine Kunst-Uni-Rektorin für alle Universitäten. Sie will das Beste für die Hochschulen herausholen. Spannend ist auch die politische Konstellation.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

Wien. Die Sorge, dass es nach dem Abgang Oliver Vitouchs als Rektorenchef langweilig wird, braucht man nicht zu haben: Seine am Montag gewählte Nachfolgerin, Eva Blimlinger, hat sich einst einen konfrontativen, durchsetzungsfähigen **Rektorenchef** gewünscht. „Und genau das werde ich sein“, sagt sie im Gespräch mit der „Presse“.

Das könnte bei einer türkisch-blauen Regierung spannend werden. Blimlinger, die auf die Frage nach einer Parteizugehörigkeit einst in ihrer typisch direkten Art mit „Das ist meine Privatsache. Aber: nein“, antwortete, sitzt für die Grünen im ORF-Publikumsrat. Ein klassischer Gegenpol? „Ich sehe mich als Vertreterin der Unis, die das Beste herausholen will.“

Dass Blimlinger Präsidentin der **Universitätenkonferenz** werden könnte, war durchgesickert – sie

war die einzige Kandidatin – ist aber trotzdem ungewöhnlich. Es ist erst das zweite Mal in mehr als hundert Jahren, dass eine Frau für die 21 öffentlichen Unis spricht – die erste war kurzzeitig vor ihrem Wechsel in die Politik Sonja Hammerschmid. Und erstmals tritt mit der Chefin der Akademie der bildenden Künste eine Vertreterin der künstlerischen Unis an die Spitze. „Die Zeit war reif für die Kunst-Unis“, sagt Blimlinger.

Die 56-jährige Wienerin, Enkelin des ehemaligen Justizministers Josef Gerö und Schwester des unlängst abgetretenen grünen Neubauer Bezirksvorstehers Thomas Blimlinger, ist seit 2011 Uni-Rektorin, selbst allerdings keine Künstlerin. An der Universität für angewandte Kunst war sie im

Hochschulmanagement tätig, einer breiteren Öffentlichkeit wurde sie als Forschungskordinatorin der Historikerkommission bzw. mit der Kommission für Provenienzforschung bekannt.

Als Rektorenchefin kehrt sie zu ihren Ursprüngen zurück: Ihr erster universitärer Job nach dem Lehramtsstudium Geschichte, Deutsch war jener der Gleichstellungsbeauftragten der Rektorenkonferenz. Zweifel, dass sie als Rektorin einer kleinen

Uni mit 1500 Studierenden und ohne Massenfächer für den Job nicht prädestiniert sei, weist sie zurück: „Dass meine Universität nicht direkt betroffen ist, ist eine Chance, manche Themen unabhängiger und neutraler zu verhandeln.“ Erstes zentrales Thema ist die Studien-

platzfinanzierung: „Es geht um die Verteilung der 1,3 Milliarden Euro hinsichtlich einer Verbesserung der schlechten und Erhaltung der guten Betreuungsverhältnisse.“

Von flächendeckenden Zugangsbeschränkungen hält Blimlinger – an deren Uni die meisten Fächer beschränkt sind – nichts. „Es gibt sicher bestimmte Bereiche, in denen man Beschränkungen braucht, andere funktionieren jetzt schon gut.“ Man müsse das jedenfalls ganzheitlich betrachten, damit Studenten nicht in andere Fächer ausweichen und diese überlasten. Von Gebühren hält Blimlinger persönlich wenig.

Was die neue Uni-Politik angeht, wartet sie auf Details. Zwei Forderungen hat sie: „Wir wollen, dass Forschung und Unis zusammenbleiben.“ Und dass die Universitäten kundige Uni-Räte bekommen – bis Ende Februar muss die Regierung rund 60 neu bestellen.



Ab Jänner ist Eva Blimlinger Rektorenchefin. [APA]

# Niessl: SPÖ noch nicht in der Oppositionsrolle

Der burgenländische Landeshauptmann übt interne Kritik.

**Eisenstadt.** Burgenlands Landeshauptmann, Hans Niessl (SPÖ), ist mit seiner Bundespartei alles andere als rundum zufrieden. Die SPÖ stelle noch den Bundeskanzler, habe aber als Oppositionspartei ihre Position noch nicht gefunden, erklärte Niessl am Montag.

Die SPÖ übe als Oppositionspartei „noch nicht jene Kritik, die angebracht wäre“. Als Infragestellen von Bundespartei Chef Christian Kern will er die Aussagen aber offenbar nicht verstanden wissen. Auf die Frage, ob der Noch-Bundeskanzler auch der richtige Oppositionschef sei, meinte Niessl: Er sei davon überzeugt, wenn Kern nicht mehr Bundeskanzler sei, „dass er seine Rolle als Oppositionsführer sehr deutlich wahrnehmen wird“. Ob Kern das Zeug zum Oppositionsführer habe? Die Antwort des Landeshauptmanns: „Ich gehe davon aus.“

## Kritik an ÖVP, FPÖ gefordert

Derzeit gebe es bereits Entscheidungen der künftigen Koalitionsparteien ÖVP und FPÖ wie den Zwölf-Stunden-Arbeitstag oder den gesamten Bildungsbereich, „die man massiv kritisieren kann und auch sollte“, so Burgenlands Landeshauptmann. (red./APA)

## NACHRICHTEN

### Frauenvolksbegehren: Startschuss 12. Februar

Für die Durchführung des geplanten neuen Frauenvolksbegehrens werden ab 12. Februar nächsten Jahres die Unterschriften gesammelt. Das kündigte eine Sprecherin der Initiative gestern, Montag, an. Wann die Eintragungswoche selbst dann stattfinden wird, entscheidet das Innenministerium. Zur Einbringung eines Volksbegehrens braucht es etwas mehr als 8000 Unterstützer. Der Forderungskatalog des Frauenvolksbegehrens reicht von den Bereichen Arbeit und Wirtschaft, Familie und Gesundheit bis zur politischen Mitsprache. Ein zentraler Punkt ist die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von monatlich 1750 Euro.

### Grüne erhalten doch weiter Klubförderung

Die Grünen bekommen trotz ihres Abschieds aus dem Nationalrat weiter Klubförderung vom Parlament – und zwar für ihre Bundesräte und Europaparlamentarier. Diese Entscheidung gab Nationalratspräsidentin Elisabeth Köstinger (ÖVP) am Montag bekannt. Ab nächstem Jahr werden 44.500 Euro als Grundbetrag für die Bundesratsfraktion und 47.500 Euro für die Mandatäre überwiesen. Zuletzt hatten die Grünen vom Parlament noch eine jährliche Klubförderung von 3,4 Millionen Euro erhalten. Nach gründlicher Prüfung durch Experten des Hauses sei sie zum Ergebnis gekommen, so Köstinger, dass der grünen Bundesratsfraktion und den Mitgliedern zum Europäischen Parlament die entsprechende Klubförderung ausbezahlt werden soll.